

# Dresdener Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig, Aden & Comp., Nr. 20611.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Kerschold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post halbjährlich 30.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.00 M., Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung: Berlinerplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Berlinerplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Nonpareilzeile 200 M., Familienanzeigen 1.00 M., die 3-spaltige Nonpareilzeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwechselung 30 Pf.

Nr. 153

Dresden, Dienstag den 6. Juli 1920

31. Jahrg.

## Nährboden des Spitzeltums

Von R. Haupt

Berlin, 5. Juli. Im Nordprozeß Blau verurteilte das Gericht Hoppe zu 8 Jahren Zuchthaus, Winter zu 3 Jahren Gefängnis unter Ermüdung von je 8 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Der Angeklagte Richmann wurde freigesprochen.

Wir geben hier einen Auszug wieder, der uns schon vor der Fällung des Urteils zugegangen ist.

In Berlin, im Roobiter Straßenviertel, findet ein politischer Nord seine Zuhörer, der dem jüdischen, ekelhaften Bösen des gegenwärtigen und bisherigen politischen Lebens mitteilt — der Nord an einem Politikspiegel, dem „Inspektor“ Blau. Auf die Fälle von verurteilten Einzelheiten, die der Prozeß offenlegt, eingehend, lobt nicht — sie gleichen einander wie eine Faserbeule der andern, stinkend, während und befreit, den Staatskörper in immer weiteren Maße zu verpestet und zu verfaulen. Die große Arie, daß die Gerippe, um das sich diese Einzelheiten leben, aber verdient vor der weitesten Öffentlichkeit bloßgelegt zu werden, schon weil sie den linksradikalen Vorwurf, daß unsere Genossen in den Regierungen und Parteipräsidien Schöpfer und begeisterte Anhänger der politischen Spitzeltums sind, als nichtwürdige Verleumdung kennzeichnen.

Das Spitzeltum und Politikspitzeltum besteht, solange der kapitalistische Völkerei und Klassenstaat sich ausgebildet hat. Nicht nur in Deutschland, in allen „Kultur“-Staaten, nicht nur in der inneren Politik, sondern als Spionagenwesen bezieht sich die einzelnen Staaten auf einander. Ein „berühmter“ Organisator des Spitzeltums war zum Teil, der Napoleon I. Polizeimeister Fouquier, der nicht nur Frankreich, nicht nur die von Napoleon eroberten Länder, sondern ganz Europa mit einem Netz von Spitzeln, die in allen Bevölkerungsschichten lagen — natürlich gab es auch im „Nationalen“ überlagert. Seine Politikspitzeltum u. a. die „nationalen Begeisterung“ der Oesterreicher und wirkten mit an der unheimlichen, weil ausfallslos Erhebung Oesterreichs gegen Napoleon im Jahre 1809, weil Napoleon einen Krieg zur völligen Herrschaft Oesterreichs brauchte. Es liegen sich aus der Geschichte noch viel derartige Beispiele für ein unheilvolles Auftreten von Spitzeln bringen. In Deutschlands innerer Politik erlebte das Spitzeltum seine Blüte unter Bismarck und Ruffkammer. Alle Genossen, die die Zeit des Sozialistengesetzes miterlebten, wissen Hände davon zu erzählen, wie Politikspitzeltum verstanden, die junge sozialistische Bewegung dadurch reißt zum Abbruch für Bismarcks Schergen zu machen, daß sie sie zu politischen Verbrechen, Attentaten und Mordtaten verleiten wollten. In einzelnen gelang es wohl, aber im großen bereitete die Bevölkerung der damaligen sozialistischen Anhänger die Vorgänger der Reaktion.

Als das Sozialistengesetz fiel, die Sozialdemokratie auf revolutionärem Wege „rote Baden und Krampe Baden“ bekam, wurde die Politikspitzeltum uns immer ungelieblicher. Klugheit, in dem nachrevolutionären Deutschland, dem Lande, das der politischen Betätigung die weitesten Grenzen setzt, steht es, wie nach dem Liebknecht- und Ledebour- nun der Nordprozeß klar aufgeht, in vollster Blüte.

Ein Durchlesen der Verhandlungen des Prozesses Blau zeigt, wo der heutige Nährboden des Spitzeltums ist.

Da gibt es keinen Spitzel zur Verurteilung der Mehrheitssozialisten, Demokraten oder einer anderen Mittelpartei. Spitzeltum ist etwas davon zu hören, daß vielleicht die Sozialdemokratie die Demokraten oder Unabhängigen oder sonst wem beispielhaft. Ein behördliches Spitzeltum existiert wohl, aber gleichzeitig zeigt der Prozeß klar, daß es eine widerwärtige, aber unentbehrliche Abwehrmaßnahme gegen die die gemäßigten Umsturzpläne und Attentatsversuche auf die staatliche Freiheit von Seiten der Links- und Rechtsradikalen ist. Die Weidmangergewaltverbrechen der Links- und Rechtsradikalen mußten einem demokratischen Weidmangergewaltverbrechen wie der deutschen Republik Abwehrmaßnahmen aufzwingen, wollte er nicht Selbstmord begehen. Aufgabe hier, solange irgendwelche Parteien und Parteien sich mit demselben tragen, eine Gewalttätigkeit über Deutschland aufzulegen, kann es nur sein, zu verhindern, daß aus dem Spitzeltum ein Politikspitzeltum wird. Das ist nicht in allen Fällen gelungen und wird bei der inneren moralischen Notwendigkeit der Menschen, die sich an Spitzeln hergeben, wohl schwierig zu sein. Nur ein radikales Mittel gibt es dagegen: Aufgaben jeder Partei, und Gewalttätigkeiten von allen Seiten. Aber über hohen die Radikalen dieses Mittel nicht angewandt, sondern bemühen sich nur Krampe und mit letzter Unterstützung der U. S. P., die Verantwortung für Spitzel- und Politikspitzeltum der Regierung aufzuladen und die moralisch Enttäuschten zu töten.

Das ist ungefähr dasselbe Benehmen, als wenn jemand ein Haus anzündet und dann der löschenden Feuerwehr an dem erhebenden Schaden durch Wasserden Schuld abt. Aber die Verhältnisse, die der Prozeß Blau aufdeckt, sind noch unendlich schlimmer. Nicht nur, daß behördliche Spitzeltum bestehen, beispielhaft sich Kommunisten und andre Radikale gegenseitig, nicht allein das, auch private Verleumdungen, wie die „antibolschewistische Liga“, beispielhaft auf eigene Faust die linksradikalen Arbeiterkreise und aufrecht befehlen sich noch aus dem Prozeß her bestehende militärische Nachrichten und helfen durch ihre Verleumdungen an den Feinden in Berlin und München. Diese Anhänger der Spitzeltum, die die Gewalttätigkeit, seien es willkürlich, die die bezifferte wilhelminische Diktatur wieder

## Zwist zwischen Lloyd George und Millerand

Paris, 6. Juli. Aus Rom wird gemeldet: Der Reichspräsident aus Brüssel ausführlich über die letzte Sitzung, die zu einem letzten Zusammenstoß zwischen Lloyd George und Millerand wegen der Subventionen führte. Millerand hatte vorgeschlagen, eine fünfjährige internationale Kommission zu schaffen zur Verteilung der gesamten Kohlenproduktion. Lloyd George widerlegte sich diesem Vorschlag und ist nun unannehmbare Abwehrmaßnahmen vor, die zu den schwierigsten Anordnungen innerhalb Deutschlands und zu dauernden Konflikten mit den Alliierten führen würden. Millerand erwiderte, er ergebe die Haltung Lloyd Georges sei ihm unverständlich, wenn man sich daran erinnere, daß England Kohlen ausführt und sich nicht in der Notlage einführender Länder befindet. Lloyd George erwiderte, wenn Frankreich die Kontrolle allein ausüben würde, müßte es dies tun. England wird niemals Frankreich zu Hilfe kommen, falls die Franzosen dadurch in schwierige Lagen kommen sollten. Lloyd George vermittelte, indem er den Vorschlag machte, die deutschen Entschädigungsgelder anzuhören. Darauf wurde die Sitzung unterbrochen und Lloyd George zurückwand.

### Unterredung Millerands mit Stinnes

Eigene Drahtmeldung  
Paris, 6. Juli. Der Kabin bringt die Nachricht, daß am Sonntag Hugo Stinnes in Brüssel eine längere Unterredung mit Millerand hatte. Stinnes hat Millerand seine Ansicht über den europäischen Wiederaufbau und den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete auseinandergesetzt. Millerand machte zwar einige Einwände, aber er erklärte sein lebhaftes Interesse für ein System internationaler Zusammenarbeit, das ihm Stinnes vorher entworfen hatte.

### Fehrenbach über die Vertragserfüllung

Eigene Drahtmeldung  
Spa, 6. Juli. Reichstagsabgeordneter Fehrenbach empfing gestern nachmittag die Vertreter der Presse, die deutschen sowie die ausländischen Journalisten. Im wesentlichen laute Fehrenbach: Deutschland werde den Vertrag erfüllen, soweit es ihm für erfüllbar halte. Dazu brauche es Lebensmittel und Rohstoffe. Spa müsse der große Schritt sein, der einem dauernden Frieden voraufgehe.

### Reichstagsvertretung bis zum 28. Juli

Eigene Drahtmeldung  
Berlin, 6. Juli. Der Reichstagsausschuß ist heute nachmittags zusammengetreten und wurde sich schäftig darüber, daß die Tagung

des Reichstags nicht fortgesetzt werden könnte, da sämtliche Mitglieder von Berlin abwesend seien. Man wird also heute noch mittags nach der Sitzung Verlegung eintragen lassen und einigte sich dahin, daß der Reichstag am 28. Juli wieder zusammentritt. In der heutigen Sitzung soll nach der Zustimmung der Regierungsparteien wegen des Steuerabzugs mit durchberaten werden.

### Angebot und Forderung

Eigene Drahtmeldung  
Paris, 6. Juli. Aus Paris wird gemeldet: Das Echo de Paris glaubt zu wissen, daß die deutsche Delegation in Spa die Forderung von 50 Milliarden Goldmark als Entschädigung vorgelegt wird, daß sie ferner die Bedingungen des Friedensvertrags bezüglich der Oberbefehlshaber abändern möchte und ein Ausgleichsangebot hinsichtlich der Vermehrung der Stärke der Reichswehr fordern werde. Das Blatt nimmt an, daß Lloyd George in gewisser Hinsicht geneigt sei, den deutschen Forderungen nachzugeben. Das Journal glaubt, daß von Deutschland im ganzen 110 Milliarden Goldmark als Entschädigung verlangt werden sollen.

### 17 Hölzgerästen begradigt

Eigene Drahtmeldung  
Berlin, 6. Juli. Der Reichspräsident hat in dem bei den Hölzgerästen im Vogelsand gefällten 17 Hölzgerästen urteilen die Begradigung der Gerüstteile angeordnet.

### Explosion in einer Versammlung

Eigene Drahtmeldung  
Dortmund, 6. Juli. In der Tonhalle zu Dornum hielt der internationale Bund für Kriegsbeschädigte gestern Abend eine Sitzung ab, um für den Weltkriegsdenkmal und für die Weltkriegsdenkmäler zu demonstrieren. Als der Redner den beschädigten Soldaten, erprobte plötzlich ein eiserner Ofen, etwa 40 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Der Ofen gleitete einem Trümmerschutt.

In dem Ofen waren einige Handgranatenkapeln aus dem Weltkrieg ohne Kenntnis des Wertes ordnet. Sie schienen durch einen weggeworfenen Zigarettenstiel sich entzündet zu haben. Von anderer Seite wird behauptet, daß es sich um ein höfliches Attentat handele.

aufzurichten wollen, seien es linksradikale, die unter dem Schlagwort „Diktatur des Proletariats“ eine Diktatur über das Proletariat aufzurichten wollen, sie sind das Paradies der Spitzeln, seien es solche in privatem oder behördlichem Sold. Gestalten werden im Prozeß Blau bloßgestellt, die als Kommunisten die Reichswehr, dann wieder als militärische Spitzel die linksradikalen Parteien bezeichnen, um schließlich als wohlhabende Leute den sicheren Boden der Schmeißer aufzusuchen. Doch es unter ihnen zu einem Nord, zu einer Befreiung eines entbeden „Veräters“, der vielleicht nacheinander erst kommunistische Pläne an die Reichswehr, dann behördliche Maßnahmen an die Kommunisten verraten hat, kommt, ist wahrlich kein Wunder.

Schuld daran, daß solche Leute Unheil in Deutschland, besonders in der augenblicklichen, infolge der wirtschaftlichen Not gereizten Volkstimmung anrichten können, sind unbedingt nur die Parteien, die den freien Volkstaat mit Gewaltmitteln bekämpfen, die der Volksmehrheit, die es sich bei der Reichstagswahl ihre Pläne vernichtend abgelehnt hat, ihren Terror, ihre Diktatur als Herrschaft setzen wollen. Schuld an dieser Politikspitzeltum ist auch die Unabhängige Sozialdemokratie, von der einige Parteiführer eine mehr als zweifelhafte Rolle in dem Prozeß spielen. Sozial steht schon seit: das Verhalten der mit den Kommunisten in Verbindung stehenden U. S. P.-Führer, A. P. aus Wandenburg und Wittenberg, hat den Politikspitzeln ihre Arbeit sehr erleichtert, erleichtert besonders dadurch, daß sie sich wie Handlanger der Kommunisten benahmen und somit den Nährboden für das Politikspitzeltum, die Kreise, über die sich der Staat durch Verhaftung informieren mußte, erweiterten.

Das Urteil im Prozeß Blau ist noch nicht gesprochen, verurteilt aber ist durch die Enthüllungen, die er schon jetzt brachte, die radikale Gewaltpolitik und die Duldung und moralische Unterstützung dieser Gewaltpolitik. Dieser Politik der Verbrechen durch unabhängige Parteiführer. Rein und gesund steht unter mehrheitssozialistischer Ablehnung jeder Gewaltpolitik da; der Stolz ist gebrochen über die Parteien, die das Politikspitzeltum durch ihr Verhalten unterstützen — über die Unabhängigen der Radikalen und Kommunisten. Ihre Politik ist in Wahrheit der Nährboden, auf dem das Unkraut Spitzeltum gewiß emporschießt.

## Zwei deutsche Denkschriften für Spa

Berlin, 5. Juli. In der Denkschrift über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung über die von der deutschen Regierung der Entente vor der Konferenz von Spa übergeben wurde, wird dargestellt, daß die deutsche Wiedergutmachung vor dem Krieg von diesen Seiten 2 bis 3 Milliarden ist. Auf Grund der Veranlagung zum Wiederaufbau wird man es für die Zeit vor dem Krieg auf etwa

220 Milliarden Mark Gold beziffern dürfen. Dieses Vermögen ist durch den Verlust der Kolonien, der Unternehmungen im Ausland, der Abtretungen usw. durch die Wirkungen des Krieges und Kriegsfolge sehr stark vermindert worden. Aus diesem verminderten Vermögen ist die Wiedergutmachung

zu leisten. Da Deutschland seiner Schiffe und seiner Auslandsgebühren verlustig gegangen ist, kam die Zahlung im wesentlichen nur durch Ausfuhr von Waren beglichen werden. In die deutsche Volkswirtschaft imstande, die mit der Wiedergutmachung verbundenen Kosten zu tragen? Die Bevölkerung ist an Zahl und Leistungsfähigkeit zurückgegangen. An Stelle der früheren Arbeitsbeschäftigung ist Unruhe und Arbeitslosigkeit in diesen Kreisen getreten. Man hat sich eingangs erwidert, daß Volkserwerb vor dem Krieg mit 20 Milliarden angenommen, so wird man heute nach den Abtretungen im Osten und Westen, nach Verlust der gesamten Handelsflotte, nach Verlust der ausländischen Wertpapiere, nach Verbruch aller Warenvorräte und nach fast völliger Abnutzung aller Produktionsmittel höchstens von

100 Milliarden

reden können. Dabei sind noch Auslandsgebühren abzugeben, die 5 bis 10 Milliarden erreichen dürften. Den verminderten produktiven Kräftestand allein aus dem Warenüberschuss eine Verfügbare von etwa 50 Milliarden Mark gegenüber. Diese Waren sind teils als Kredit gekauft, teils mit Banknoten bezahlt worden, von denen etwa 20 Milliarden Mark im Ausland sein dürften. Für die nächste Zeit wird man mit einer deutschen Ausfuhr von vielleicht 25 bis 40 Milliarden Mark rechnen können. Die Höhe einer Ausfuhr von vielleicht 80 Milliarden Mark an Lebensmitteln und Rohstoffen gegenüber. Die deutsche Handelsbilanz ist also passiv. Sie kann nur aktiv werden, wenn die deutsche Industrie in so großem Umfange zu arbeiten vermag, daß sie zur Deckung des inneren Bedarfs ausreicht und die gesamte Ausfuhr bezahlen kann. Sie kann erst wieder aktiv werden, wenn Deutschland sich völlig erholt hat. Im Gegenzug dazu steht aber die Erfüllung des Lebensvertrags eine aktive Handelsbilanz voraus.

### Ausführung des Friedensvertrages

In der jetzt vorliegenden Form wird die deutsche Anhangswirtschaft noch weiter gefährdet. Wenn man von einer rein finanziellen Belastung von nur 60 Milliarden Mark Gold durch den Friedensvertrag aus, so würde ein Haushalt von vier Prozent etwa 40.000 Mark schulden, das macht zu einem Satz von 6 Prozent 2400 Mark im Jahre. Da die heutige Bevölkerung bereits einen Bedarf von über 30 Milliarden Mark im Jahre nachsieht, würde der Haushalt von der Bevölkerung unter den bestehenden Voraussetzungen mit Jahresleistungen von 4.000 Mark belastet sein. Dabei hatten im Jahre 1914 18.21 Prozent der preussischen Steuerzahler ein Einkommen von nicht über 3000 Mark. Auf diesem würden mindestens 24 Milliarden Mark Gold oder 24 Milliarden Mark Papier das deutsche Budget drücken. Das kann unter den heutigen Verhältnissen nur dadurch gelingen, daß die deutsche Regierung neue schwebende Schulden auslöst. Ohne wirtschaftliche Bewegungsfähigkeit und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit andern Völkern kann Deutschland weder sein Wirtschaftswesen aufbauen, noch seine Armeen ordnen. Ohne Ordnung seiner Finanzen ist die planmäßige Erfüllung seiner Verpflichtungen unmöglich. Wird Deutschland seine wirtschaftliche Bewegungsfähigkeit wiederhergestellt, dann ist zu hoffen, daß sein arbeitstüchtiges Volk alle seine Kräfte zum Wiederaufbau seines wirtschaftlichen Lebens einbringen wird.

Berlin, 5. Juli. Die Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über die Steuerbelastung, die die deutsche Bevölkerung am 1. Juli der Friedenskonferenz übergeben hat, unterscheidet über die

### Entwicklung der Reichsrenten

während des Krieges bis zum Abschluß der Reform des direkten Abgabensystems. Es werden nach den amtlichen Schätzungen aufgebracht in einem Beherrschungszustand d. h. also in einer Lage, die als fertig bezeichnet wird, folgende Summen: Direkte Steuern 15.000 Millionen gegen 2.100 Millionen im Jahre 1913, indirekte Steuern 12.000 Millionen (1.328 Millionen), 1914: 2500 Millionen (1.700 Millionen). Es sollen sich also die direkten Steuern auf der einen Seite und indirekten Steuern mit den Zöllen auf der anderen Seite um 12.000 Millionen erhöhen. Dieses Steuerauskommen soll erreicht werden, durch den Bedarf von